

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 2,40 Mk.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Bed'sche Buchdruckerei
Otto Bed.

Inserate: Kleine Pettizeile 20 Bfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 101.

Mittwoch, den 1. Mai 1918.

75. Jahrgang.

„Deutschland ist nicht zu besiegen!“

Wer diese neue Weisheit entdeckt, die wir unseren Feinden schon seit Jahr und Tag predigen, ohne bis jetzt mit ihr Gehör zu finden? Die Londoner „Daily Mail“ ist es, ein kriegstüchtiges Blatt wie es im Buche steht die in einem schwachen Augenblick der Selbsterkenntnis der Wahrheit die Ehre gibt. Sie spricht davon, daß Tausende von Arbeitern für die Werkstätten und die Schiffbauindustrie zurückgehalten werden sollen, weil nur junge und kräftige Leute für diese schwere Arbeit in Frage kommen, wenn die durch die U-Boot-Tätigkeit verursachten bedenklichen schweren Verluste wieder gut gemacht werden sollen. Man könne aber nicht zugleich ein großes Schiffbauprogramm durchführen und große neue Armeen aufstellen. In der ganzen Welt, von Archangel bis Hongkong ständen die englischen Truppen verstreut und überall müßten sie mit Nachschub und Proviant versehen werden. So sei heute Englands nationale Kraft auf das äußerste angespannt — gleich einem Licht, das auf beiden Seiten angezündet ist. Doch bei der drohenden Niederlage sei den Machthabern jedes, auch das verzweifeltste Mittel recht. Und doch werde die Stunde kommen, da dem Unterhause wie im Jahre 1778 die Unmöglichkeit, Amerika zu besiegen, so jetzt von der Regierung das Bekenntnis abgelegt werden würde. Man kann Deutschland nicht besiegen!

Ein solches Geständnis, wenige Tage nach dem kühnen englischen Vorstoß gegen unsere U-Boot-Basis an der flandrischen Küste abgelegt, läßt wirklich tief blicken. Es fehlt den Briten an Schiffraum, und es fehlt ihnen an Mannschaften, und sie vermögen weder die entsetzlichen Verluste ihrer Handelsflotte noch die ungeheuren Abgänge ihrer Festlandarmeen zu ersetzen. Wollen sie den Wertes mit samt den mannigfachen Industriezweigen, die ihren Betrieb zu speisen haben, gehörig im Gang halten, so dürfen sie ihnen keine Arbeiter entziehen; wollen sie aber dem Marschall Haig die Gefährdungen schiden, deren er bedarf, um seine verlorenen Divisionen wieder auf die Beine bringen zu können, so können sie gerade an diesen Arbeitermassen nicht vorbeigehen. Die 17- bis 19-jährigen Flugschüler, die sie in den letzten Flandernkämpfen eingesetzt, nachdem sie die armen Briten Hals über Kopf von ihren Schulbänken hinweg über den Kanal transportiert hatten, die werden unsern Kampf- und Kriegerverbrauch gerade der Luftwaffe, eine Sache von nicht geringer Wichtigkeit ist? So bewegen die Engländer sich im Kreise herum, und nirgends wird ein Ausweg sichtbar, der ihnen Rettung bringen könnte. Könnte Georg verflucht es wieder einmal mit einem Werbebrief nach Indien, das einem Notkreise so ähnlich sieht wie ein Ei dem andern. Wie groß der Beitrag Indiens zur Sache der Verbündeten auch gewesen sei, er stehe noch keinesfalls auf der Höhe seiner Hilfsquellen und seiner Kraft. Eine bessere Verwendung des vorhandenen Mannschafsmaterials, darauf komme es jetzt in erster Reihe an, angesichts der Notlage des Reiches nach diesen bitteren und heftigen Kämpfen an der Westfront. Es werde immer wichtiger für das Mutterland, daß die Kriegsheere in Ägypten, in Palästina und Mesopotamien von Indien aus unterstützt würden. Er vertraue auf den Geist der Opferwilligkeit, ohne den kein dauernder Sieg erzielt werden könne.

Also Indien muß noch ungleich mehr bluten als bisher, wenn England nicht zugrunde gehen soll. Aber auch dieses schöne Land ist nicht unerschöpflich, ganz abgesehen von der Frage, ob seine mehr und mehr zum Selbstbewußtsein erwachenden Bewohner sich nicht bald zu gut hüten werden, um ihre Verwendung als Kanonensfutter für die Zwecke ihrer europäischen Unterdrückung noch länger, und gar in unaussprechlich steigendem Umfange zuzulassen. Und wie es mit Irland steht, ist ja ein ganz offenes Geheimnis, während unsere Feinde sich jetzt jeden Tag von neuem darüber entsetzen, mit welcher zahlenmäßigen Überlegenheit wir nach dem Friedensschluß im Osten gegen die gesamte Streitmacht der Engländer und Franzosen aufzutreten imstande sind.

In der Tat, es bleibt dabei: man kann Deutschland nicht besiegen! Je eher diese Einsicht in England die Oberhand gewinnt, desto besser für unsere Bettern von einst. Sie brauchen dann wenigstens nicht auch noch vor Amerikanern und Japanern ganz und gar den kürzeren zu ziehen.

zur Schaffung eines Zweistimmenrechts einzubringen, bei dem ein Teil der Wähler also höchstens eine Zusatzstimme neben seiner Grundstimme erhalten soll. Die parlamentarische Lage ist außerordentlich unklar. Die Entscheidung hängt von verhältnismäßig wenigen Stimmen ab. Die Haltung der National Liberalen, die in sich gespalten sind, wird das Jünglein der Wage nach der einen oder anderen Seite schnellen lassen. Auf der anderen Seite bleiben auch die Absichten der Regierung im dunkeln. Wird sie bei Ablehnung des gleichen Wahlrechts das Abgeordnetenhaus sofort auflösen, wie die Linkspolitiker verlangen? Oder wird sie wie man in den Kreisen der Politiker annimmt, die einen Wahlkampf während des Krieges für äußerst gefährlich und schädigend halten, auf anderen Wegen und mit anderen weniger drastischen Mitteln einen Ausgleich der kämpfenden Interessen herbeizuführen suchen? Ein klares Ziel, wohin die Reise gehen wird, ist vorläufig nicht zu erkennen. Aber die Atmosphäre ist bis zum Bersten geladen und mit höchster nervöser Spannung fiebert man dem ersten Blitschlag entgegen. Er läßt nicht lange auf sich warten.

Sitzungsbericht.

Am Regierungstisch sitzen Reichkanzler und preussischer Ministerpräsident Graf Hertling, die Minister Dr. Friedberg, Dr. Drews, Herrg. v. Eisenhart-Rothe. Die Tagesordnung nennt als Verhandlungsgegenstand zweite Beratung der Gesetzentwürfe über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, die Zusammenstellung des Herrenhauses und die Abänderung der Artikel 62 und 99 der Verfassung.

Vertagungsantrag des Grafen Spee.

Graf Spee (Ztr.) zur Geschäftsordnung: Ich beantrage die Vertagung dieser drei Vorlagen bis nach Friedensschluss zu vertagen. (Allgemeine Überraschung, große Bewegung.) Ich stelle den Antrag durchaus auf eigene Faust, aber in vollem Ernst. Der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg hat seinerzeit im Abgeordnetenhaus erklärt, daß die Wahlreform erst nach dem Krieg erfolgen könne. Auch die Oberhauswahl sollte sich auf diesen Standpunkt. Wenn das Haus in Flammen steht, dann suchen alle Parteien zunächst gemeinsam das Feuer zu löschen. (Zuruf links: Sie löschen mit Öl! Wir aber streiten und über neue Einrichtungen des brennenden Hauses, ehe wir den Frieden haben. Wir müssen alles vermeiden, was auch nur den Anschein erwecken könnte, als ob nicht auch die Front im Innern einig und geschlossen wäre. Alle Garantien sind dafür gegeben, daß die Verfassung abgeändert werden wird. Der jetzige Zeitpunkt des ungeheuren Existenzkampfes ist der denkbar ungeeignetste für diese Änderung. Wollen Sie unsere Seiden ausschleichen, die an der Front stehen? Die Annahme meines Antrages würde an der Front wie eine Erdringung wirken. (Leb. Beifall rechts, Gelächter links und im Zentr.) An der Front begreift man die verdamnte Friedensresolution des Reichstages nicht. (Unruhe links und im Zentr.) Der Kampf im Innern stärkt die Widerstandskraft unserer Feinde, er vernebelt das unklare Blutvergießen. Vermeiden wir alles, was uns trennt. (Zuruf links: Zur Geschäftsordnung.)

Präsident Graf Schwerin-Pöhlitz: In einem früheren ähnlichen Fall ist die Begründung eines solchen Antrags zugelassen worden.

Die Regierung gegen den Antrag Spee.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Der Antrag hat alle Welt überrascht. Er mag aus patriotischer Gesinnung hervorgehen, aber seine Annahme würde nicht den erwarteten Erfolg haben. (Sehr richtig! links und im Zentr.) Eine Vorlage, die feierlich angekündigt worden ist und in deren Verahrung wir mitten drin stehen, auf eine ganz unbestimmte, unabherrschbare Zeit zurückzustellen, würde den inneren Frieden unseres Volkes aufs tiefste gefährden.

Auf der linken Seite des Hauses und im Zentrum wird während dieser Ausführungen des Ministers stürmische Zustimmung laut, bei der Rechten zeigt sich starke Unruhe. Zustimmung links und Widerspruch rechts heigern sich zum allgemeinen Lärm, als der Minister fortfährt:

Die Regierung könnte für eine solche Wirkung die Verantwortung nicht übernehmen und würde die Annahme des Antrages Spee mit den äußersten verfassungsmäßigen Folgerungen beantworten.

Nachdem sich die durch die Rede Dr. Friedbergs entstandene Aufregung einigermaßen gelegt hat, nimmt das Wort Abg. Dr. Vorich (Ztr.): Graf Spee hat seinen Antrag in unserer Fraktion angekündigt. Ist aber einmütig gebeten worden, ihn zurückzustellen. (Hört! Hört!) Man kann gewiß verschiedener Meinung darüber sein, ob es zweckmäßig war, im Kriege diese Vorlagen einzubringen. (Hört! Hört! rechts), aber nachdem das geschehen ist und von einem großen Teil des Volkes die Forderung dieser Vorlage gemindert wird, erscheint es mir unmöglich, diesen Antrag anzunehmen. Wir lehnen ihn ab. (Leb. Beifall links.)

Abg. Dr. Bachmiste (Sp.): Ich kann das Bekremden nicht unterdrücken, daß der Präsident die Grenzen der Begründung des Antrags so weit gezogen und den Antragsteller von der „verdamnten Friedensresolution“ hat sprechen lassen. (Zuruf links: Unerbört! — Sehr richtig! rechts.) Der Antrag ist ein Dohn auf die Krone, ein Dohn auf das Staatsministerium und ein Dohn auf das Land. (Sturm. Beifall links, erregter Widerspruch rechts.)

Präsident Graf Schwerin: Ich bitte, meine Handhabung der Geschäftsordnung nicht einer solchen Kritik unterzogen zu wollen. (Zuruf links: Sehr berechtigt!) Der Antragsteller hat sich durchaus im Rahmen der Begründung für seinen Geschäftsordnungsantrag gehalten. (Widerspruch links.)

Drei Ordnungsrufe für den Abg. A. Hoffmann.

Abg. A. Hoffmann (A. Soz.): Wenn Graf Spee an der Front eine führende Stellung haben sollte, würde ich das nach seinem Auftreten hier für sehr bedenklich halten. (Zuruf rechts.) Wie eine Erdringung soll der Antrag angeblich an der Front wirken. Welche Front meint Graf Spee? Während seiner Rede machte er den Eindruck, als ob er ohne Rücksicht direkt aus dem Offizierskasino gekommen wäre. (Großer Lärm und Hui-Rufe rechts. — Ordnungsruf des Präsidenten.) Man sollte den Grafen Spee einem Psychiater zur Untersuchung übergeben. (Neuer Lärm und Hui-Rufe rechts. — Zweiter Ordnungsruf des Präsidenten.) Wird der Antrag angenommen, so würde ich die Kämpfer an der Front auffordern, bis zur Einführung des gleichen Wahl-

rechts den Kampf einzustellen. (Gr. Lärm und Hui-Rufe. — Zuruf rechts: Haui! Buchhaus! Hochverräter! Landesverräter!)

Präsident Graf Schwerin: Wegen dieser, die Gefühle des Hauses und des ganzen Landes tief verletzenden Äußerungen rufe ich Sie zum dritten Male zur Ordnung. (Beifall.) Ich bitte, die Verhandlungen über eine so ernste und bedeutungsvolle Frage in einem Tone zu führen, der der Bedeutung der Sache entspricht. (Zuruf links: Verdamnte Friedensresolution!) Ich habe überhört, daß Graf Spee von einer verdamnten Friedensresolution gesprochen hat. Ich muß diesen Ausbruch als verlegend für einen Teil der Reichstagsabgeordneten rügen. Im übrigen kann ich mitteilen, daß auch ich von dem Antrage des Grafen Spee überrascht worden bin. (Zuruf links: Unangenehm!)

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.): In keinem Parlament der Welt wäre es möglich, daß kurz vor der Entscheidung über eine so wichtige politische Frage ein derartiger Antrag gestellt würde, der eine Herausforderung des ganzen Volkes bedeutet. (Sehr richtig! links.) Der Antrag würde an der Front nicht wie eine Erdringung empfunden werden, er würde den Stegeswillen lähmen. (Sehr richtig! links — Unruhe rechts.)

Abg. Dr. Lohmann (natl.): Wir werden geschlossen gegen den Antrag Graf Spee stimmen. (Beifall.) Gewiß können Bedenken darüber bestehen, ob es richtig war, daß wir mit diesen Vorlagen jetzt befaßt worden sind. Aber nachdem sie eingebracht sind, kann sich die Regierung einen solchen Antrag nicht gefallen lassen. (Sehr richtig! links u. l. Str.)

Für eine Stunde vertagt.

Abg. v. Wendeband (konf.): Bei uns herrscht übereinstimmendes Bedauern darüber, daß wir mitten im Kriege und mit diesen Vorlagen befaßt sein müssen. Gleichwohl waren wir alle bereit und sind es heute noch, in eine Beratung des Gegenstandes einzutreten. Der Antrag Graf Spee hat uns überrascht. Vieles von dem, was er gesagt hat, deckt sich mit unserer Auffassung. Inwiefern sind die Gegenstände nicht außer acht zu lassen und daher beantragen wir, die Sitzung auf eine Stunde zu vertagen.

Abg. Brütt (frk.) spricht für Abg. Dr. Bachmiste gegen die Vertagung. Nachdem aber auch der Zentrumsabg. Dr. Vorich den Antrag Wendeband unterstützt hat, wird die Vertagung mit den Stimmen der Konservativen, der Freikonservativen und des größten Teils des Zentrums angenommen.

Fortsetzung der Verhandlungen.

Nachdem die einstündige Pause verstrichen ist, wird die Sitzung wieder eröffnet und die Geschäftsordnungsaußsprache über den Antrag Spee fortgesetzt.

Abg. Rüdike (frk.): Die bisherigen Verhandlungen haben bewiesen, eine wie große Schuld die Regierung mit der Einbringung dieser Vorlagen auf sich geladen hat. (Sturm. Zustimmung rechts, große Unruhe links und im Zentrum.) Der Antrag des Grafen Spee war eine Tat. Nach der Verhandlung der Kommission müßten wir ihn aber ablehnen.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Ich muß Verwahrung dagegen einlegen, wenn der Abg. Rüdike den Mut geholt hat (Sturm. Zuruf rechts) von einer Schuld der königlichen Staatsregierung zu sprechen. (Andauernder Lärm rechts, so daß der Redner nicht zu Worte kommen kann.) Es handelt sich um eine vom ganzen Volke gewünschte Reform. (Leb. Widerspruch rechts, Beifall links und im Zentr.)

Abg. v. Wendeband (konf.): Ich kann dem Abg. Rüdike zu eigen gemacht. Dieser Vorwurf nimmt sich sehr eigentümlich aus im Mund eines Abgeordneten, der die schwere Schuld auf sich geladen hat, daß jahrelang jede Wahlreform in diesem Hause verhindert worden ist. (Sturm. Entrüstungsrufe rechts, Sturm. Zustimmung links und im Zentr.)

Nach weiterer teilweise erregter Zwischensprache, an der sich die Abgg. A. Hoffmann, Graf Spee, Dr. Bachmiste, v. Wendeband und Vorich beteiligten, wird namentlich Abstimmung beantragt und genehmigt.

Ablehnung des Antrages Spee.

In namentlicher Abstimmung wird nun der Antrag Spee auf Vertagung der Wahlvorlage bis nach dem Friedensschlusse mit 333 gegen 60 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Kunmehr tritt das Haus in die Generalausprache über die Vorlage ein und zwar stehen zunächst die Paragraphen 1 bis 3 des Wahlrechtsgesetzentwurfs zur Beratung.

Ministerpräsident Graf Hertling:

Die Vorgänge der heutigen Sitzung könnten ja gewisse Zweifel erregen, ob wir noch zu einer Verständigung gelangen. Aber diese Vorgänge und die sich daran knüpfende Erregung haben doch gezeigt, wie hart innerhalb dieses hohen Hauses auf allen Seiten das Gefühl der Verantwortlichkeit ist, mit dem Sie der heutigen Entscheidung entgegengetreten. Dieses Gefühl der Verantwortung gibt mir die Hoffnung, daß es doch noch möglich sein wird, zu einer Verständigung zu gelangen. (Beifall links und in der Mitte), einen Weg zu finden, der die Zeit so weit auseinanderliegenden Meinungsverschiedenheiten zu einer Einheit aufzuklärt.

Daß der Artikel 3 in der Fassung, wie Ihre Kommission sie ihm gegeben hat, für die Staatsregierung nicht annehmbar ist, das werden Sie sich zweifellos nach den wiederholt abgegebenen Erklärungen selbst gesagt haben. Und auch der gewiß gut gemeinte Antrag des Herrn Abg. Lohmann, der aus dem Kommissionsantrage verschiedene Schärfen beseitigt, auch dieser Antrag kann nicht zum Ziele führen, denn auch dieser Antrag nimmt dem Gesetze nicht den plutokratischen Charakter, den wir schlechterdings vermeiden wollen.

Ein plutokratisches Wahlrecht, das die politischen Rechte abnimmt nach dem Maß von Vermögen und Einkommen, sei dies nun direkt oder indirekt, ist heute in unserem Volke nicht mehr möglich. Auf ein solches Wahlrecht kann sich die Regierung nicht einlassen.

Um das preussische Wahlrecht.

Zweite Lesung im Abgeordnetenhaus.

(188. Sitzung.) A. Berlin, 30. April.
Die bevorstehende Entscheidung über die in der innerpolitischen Geschichte Preußens unzweifelhaft wichtigste Frage seit dem Jahre 1848/49 hat das Haus sozusagen bis auf den letzten Platz gefüllt. Die schon vor Beginn der Sitzung in ungemein großer Zahl erschienenen Abgeordneten tauschen in Rede und Gegenrede lebhaft ihre Ansichten aus, auf den Tribünen drängen sich die Zuhörer. Die in erster Lesung abgelehnte Regierungsvorlage will jedem Wähler eine Stimme geben, fordert also das gleiche Wahlrecht in Zukunft ähnlich wie im Reich. Aus den Beratungen der Kommission ging der Plan eines Mehrstimmigenwahlrechts hervor, das einzelnen Wählern bis zu sieben Zusatzstimmen verleihen soll. In letzter Stunde sah sich die nationalliberale Fraktion des Landtages veranlaßt, einen vermittelnden Antrag

Es kann sich also nur handeln um das allgemeine gleiche Wahlrecht

In vernünftigen Grenzen, wie sie bereits durch die Vorlage selbst angedeutet sind. Meine Herren, das gleiche Wahlrecht muß grundsätzlich festgehalten werden. (Beifall links.) Die Vorlage ist gegeben, die Vorlage muß eingelegt werden, und ich bitte doch, zu beachten, daß in allen modernen Staaten das politische und soziale Leben auf dieses Ziel eingestellt ist. Es ist auf die Dauer nicht möglich, daß sich Preußen dieser tiefgehenden Bewegung entzieht, daß in Preußen allein dieses gleiche Wahlrecht dauernd ausgeschlossen sein soll. (Sehr richtig! links.) Es ist ja auch möglich,

gewisse Sicherungen

vornehmen, die befürchten, allzu weitgehenden radikalen Folgen, die aus dem allgemeinen gleichen Wahlrecht sich ergeben könnten, zu befürchten. In der Vorlage selbst sind ja bereits derartige Sicherungen enthalten. Andere sind an anderen Stellen wohl noch möglich. Es sind, wie ich höre, Anträge in Vorbereitung, die weitere Sicherungen einführen wollen. (Hört, hört! links.) Die Regierung wird diese Anregungen mit allem Ernst und allem Wohlwollen prüfen, und dafür sorgen, daß die gefährdeten schädlichen Wirkungen möglichst verhütet werden. Es ist ja doch überaus wünschenswert, daß wir jetzt, und daß wir bald zu einer Entscheidung kommen. Ich kann nur sagen, daß ich mich bemüht habe, bis in die letzte Zeit hinein möglichst Fühlung zu nehmen, um mir die Stimmung der verschiedenen Volksschichten zur Kenntnis zu bringen. Da ist mir immer wieder entgegengetreten: die Frage des gleichen Wahlrechts muß zur Entscheidung gebracht werden. (Beifall links.) Es ist schon heute wiederholt darauf hingewiesen worden, wie notwendig es ist.

in unserem Volke die Einmütigkeit zu erhalten.

Unser Volk ist geradezu bewundernswert in seiner einmütigen Haltung. Ich glaube, es wird ein weiterer Schritt zur Stärkung und Steigerung dieser Einmütigkeit sein, wenn Sie von allzu weitgehenden Gegenständen in dieser Frage jetzt zurücktreten wollen. Jetzt liegt die Sache so, jetzt sind wir noch in der Lage, die Vorlage, die gegeben worden ist und eingelegt werden muß, einzuführen ohne schwere Erschütterungen befürchten zu müssen. Jetzt kann die Vorlage noch eingelegt werden, indem zu gleicher Zeit diejenigen Sicherungen gegeben werden, die im Interesse eines ruhigen, stetigen Fortschreitens des Staatslebens notwendig sind. Das, was wir jetzt geben können, das müssen wir vielleicht, wenn es heute abgelehnt wird, in einiger Zeit unter schweren Erschütterungen des Volkslebens, deren Gefahren wir gar nicht übersehen können, und abringen lassen. (Hört, hört! links.)

Das gleiche Wahlrecht kommt.

Es kommt, wenn nicht heute, so doch in absehbarer Zeit. (Sehr wahr!) Es kommt entweder ohne schwere Erschütterungen, oder es kommt nach schweren inneren Kämpfen. Wollen Sie jetzt die Hand zu einer Verhandlung reichen, oder wollen Sie die Verantwortung auf sich nehmen, diese schweren Erschütterungen herbeizuführen durch eine Ablehnung, die doch das von Ihnen gewünschte Ziel nicht haben kann! (Beifall links und im Zentrum.)

Herr Dr. v. Henning (konf.): Den Wunsch nach einer Verhandlung teilen wir. Aber wenn nicht einmal der neuerdings von den Nationalliberalen gestellte Antrag ausreicht, um die Zustimmung der Regierung zu finden, so bleibt kein anderer Weg, als einfach die Regierungsvorlage anzunehmen. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind durchaus davon überzeugt, daß das gegenwärtige Wahlrecht reformbedürftig ist und haben das immer gesagt. In Konsequenzen und Ungerechtigkeiten enthalten aber alle Wahlssysteme, auch das Reichstagswahlrecht. Die schlechte Seite unseres gegenwärtigen Wahlrechts liegt darin, daß die Abstufung ausschließlich an die Steuerleistung geknüpft ist. Die Folge davon ist aber in Wirklichkeit,

daß der Mittelstand zu entscheiden hat.

Das ist die Signatur des gegenwärtigen Wahlrechts. (Widerpruch links.) Das gleiche Wahlrecht aber gibt den Ausschlag der unterschiedlichen Klassen, den Arbeitern. Redner wird einen Blick auf die Wahlverhältnisse in den anderen Bundesstaaten und fährt fort: Führen wir in Preußen das Reichstagswahlrecht ein, dann ist es in den übrigen Bundesstaaten nicht mehr auszuhalten. Eine solche Gleichmachung können wir im Interesse des bundesstaatlichen Verhältnisses im Reich nicht mitmachen. Nun wird gesagt, der Krieg fordere die Einführung des gleichen Wahlrechts. Da wäre das Nachsichliegende gemessen, abzuwarten, wie die Kriegsteilnehmer selbst sich dazu stellen. (Stürmische Zustimmung rechts.) Der Redner verbreitet sich des weiteren über die Folgen des gleichen Wahlrechts, um den Beweis zu erbringen, daß es

der konservativen Fraktion unmöglich ist, für das gleiche Wahlrecht zu stimmen.

Unter lebhaftem Beifall der Rechten schließt der Redner: Während draußen eine Schlacht tobt, bei der unser ganzes Denken und Sorgen ist, sind wir verurteilt, die schwere Sache zu machen. Uns ist es gleich, ob dieser oder jener Minister fällt oder ob das Haus aufgelöst wird. In einer solchen

Periode der Geschichte Preußens gibt es für uns nichts anderes, als unsere Überzeugung.

Staatsminister Dr. Friedberg: Die Regierung hat nicht erklärt, daß sie unbedingt an der Forderung des gleichen Wahlrechts festhält. Sie glaubt aber, daß vielleicht auf anderem Wege eine Verständigung möglich sein wird. Auch der Vorrede soll sich nicht erheben dürfen über die süddeutschen Staaten, die mit dem gleichen Wahlrecht gute Erfahrungen gemacht haben.

Herr Dr. Vorisch (Zentr.): Bei der ersten Lesung haben wir erklärt, daß ein Teil von uns für das gleiche Wahlrecht stimmen, ein anderer Teil seine endgültige Stellungnahme von den Verhandlungen und ihrem Ergebnis abhängig machen wird. Die Verhandlungen im Ausschuss haben zu dem erwarteten endgültigen Ergebnis nicht geführt. Erst in der dritten Lesung werden wir unseren Standpunkt eingehend begründen.

Darauf wird die Weiterberatung auf morgen verlagert.

Immer noch der Kaiserbrief.

Die Grenzen von 1814.

Aus den Beratungen des französischen Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten über den Brief Kaiser Karls an Prinz Sixtus von Parma teilt der „Manchester Guardian“ einige Einzelheiten mit:

Die dem Ausschuss vorgelegten Dokumente enthalten einen Brief von Poincaré an den Prinzen Sixtus von Bourbon, worin Poincaré für Frankreich nicht nur die Forderungen, sondern die Grenzen von 1814, und die Forderungen hinsichtlich des rechten Rheinufer, also tatsächlich die Bedingungen, welche im Vertrag von Briand und Doumergue mit der Regierung des früheren Zaren vereinbart wurden. Poincaré scheint die Verhandlungen in eigener Person geführt zu haben.

Die Unterhandlungen wurden nur der englischen und der italienischen Regierung mitgeteilt, nicht den anderen Verbündeten. Mehrere Abgeordnete griffen Clemenceau heftig an und verlangten, daß nach der Veröffentlichung des Kaiserbriefes durch Clemenceau alle Dokumente veröffentlicht werden müßten.

Der Krieg.

Der Kampf um die Kanalherrschaft.

Die englische und die französische Presse bereiten auf die Räumung Dperns vor. Die französischen Zeitungen melden nur kurz, daß westlich von Dpern neue Stellungen vorbereitet werden und sie fügen hinzu, daß der Besitz Dperns für die Verteidigung von Calais und Dünkirchen strategisch belanglos sei. Anders klingt es aus den englischen Organen. Sie erklären, Dpern sei nur zu halten, wenn die verlorenen Stellungen wiedergewonnen werden, und bezeichnen die Lage als fürchterlich ernst. Der „Times“ schreibt: Mit dem Kampf um die flandrische Küste beginne die Entscheidungsschlacht um die Herrschaft des Ärmelkanals und seiner Häfen. Diese Schlacht könne den ganzen Sommer hindurch andauern; es gebe keine andere Möglichkeit, sie zu beenden, als zu fliehen oder zu unterliegen. In einer Rede erklärte der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium Balfour, es sei möglich, daß die Kanalhäfen in Feindes Hand fallen. Darum müsse England alles tun, um der ernstesten Lebensnotwendigkeit begegnen zu können.

Die Dpernstellung soll geräumt werden.

Brüssel, 30. April. Nach der „Börse“ werden die Engländer versuchen, die Dpernstellung langsam zu räumen, um den deutschen Vormarsch gegen Dünkirchen aufzuhalten.

Der deutsche Geländegewinn.

Brüssel, 30. April. Innerhalb fünf Wochen haben die Deutschen während der großen Westoffensive über 4100 Quadratkilometer erobert. Die Entente konnte in 44 Wochen, während ihrer Westoffensive im Jahre 1918 und 1917 an der Somme, bei Arras und in Flandern, im ganzen nur 561 Quadratkilometer buchen.

Eine englische Rüge.

Brüssel, 30. April. Nach einem englischen Bericht vom 19. April soll die 7. deutsche Division vollständig aufgerieben

sein. Zur Beilegung der Superintendenz solcher englischer Verlustberichte sei festgestellt, daß die angeblich am 19. April vollständig aufgeriebene Division am 25. April St. Etienne genommen hat.

Die amerikanische Hilfe.

Bern, 30. April. Die „Times“ bringen folgende Zuschrift von Sidney Low: Diejenigen, die hoffen, daß die amerikanische Hilfe unsere unmittelbaren Schwierigkeiten beheben werde, sollten die Verhandlungsberichte des amerikanischen Senats vom 27./3. lesen. Der Senatsausschuss für militärische Angelegenheiten vernahm einen mit der Durchführung des Flugprogramms betrauten Offizier, der aus sagte, daß bisher nur ein Kampfflugzeug von Amerika nach Frankreich geschickt wurde. Senator New erklärte, daß von den 12000 Flugzeugen, die Pershing bis zum 1. Juli erhalten sollte, nur 37 ablieferungsfähig sein werden. Senator Lodge stellte fest, daß in den der Kontrolle des Schiffsverkehrs unterstellten Werften nur zwei Frachtschiffe fertig gestellt sind, und daß es das Kriegsdepartement, obwohl es ein halbes Jahr mit Versuchen einen verbesserten Typus eines französischen Feldgeschützes herzustellen, verbrochen, nicht gelang, eine geeignete Waffe anzufertigen, so daß jede Kanone in Pershings Linien französischer oder britischer Fabriken entstammt. Ich halte es für wünschenswert, daß diese Äußerungen und Berichte hier bekannt und verstanden werden. Wir freuen uns der moralischen Unterstützung des amerikanischen Volkes und hoffen, daß seine unendlichen Hilfsquellen und unbegrenzte Energie unsern Sieg schließlich entscheidend machen werden. Aber wir müssen verstehen, daß auf Monate hinaus, die Hände die deutschen Angriffe abzuwehren, von Frankreich und England getragen werden muß. Amerika mag schließlich die Demokratie retten, aber um unsere eigenen Freiheiten und unsere eigene Existenz zu retten, müssen wir uns gegenwärtig auf uns selbst, unsere eigenen tapferen Armeen, unsere eigenen mobilisierten Industrien und unsere eigene bis zur letzten Unze verfügbare Druckschraube anspannen. Effektstärke verlassen.

Ganz Wiborg erobert.

Kopenhagen, 30. April. Nach einer Meldung des finnischen Hauptquartiers ist nun ganz Wiborg erobert. Der Feind hält sich noch im westlichen Teil von Sorbäl Tranhara. 6000 Revolutionäre versuchten sich einen Weg nach Frederikshavn zu bahnen. Der Versuch wurde jedoch mit schweren Verlusten abgeschlagen. Durch diesen Sieg hat das finnische Heer die letzte starke Wehr des Feindes gebrochen.

Der Krieg zur See.

Der feindliche Handelsverkehr schwer geschädigt.

Berlin, 30. April.

Amisch wird gemeldet: Im Ostergelände um England wurde der Handelsverkehr unserer Feinde durch Verhaftung von 28 000 Br.-Reg.-T. schwer geschädigt.

Der Hauptanteil an diesem Erfolg hat Oberleutnant z. S. Steinhilber. Das von ihm besetzte Boot hat im Ärmelkanal allein 8 Dampfer mit zusammen 23 000 Br.-Reg.-T. versenkt. Alle Dampfer, darunter 2 Schiffe von je 5000 Br.-Reg.-T. waren tiefbeladen und stark gesichert. Drei Dampfer wurden aus Geleitzügen herausgeschossen. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß mit den Ladungen der versenkten Schiffe wiederum wertvolles Kriegsmaterial in großen Mengen für den Feind vernichtet wurde.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Wirkungen des U-Boot-Krieges.

Trotz aller Ablehnungen des englischen Premierministers macht sich der U-Boot-Krieg in England jetzt so stark bemerkbar, daß die gesamte Lebenshaltung von ihm beeinflusst erscheint. So kündigt jetzt der englische Lebensmittelkontrollleur Rhondda an, daß mit Ablauf der geltenden Ruder- und Fleischkarten am 14. Juli im ganzen

hatte trennen können und vor Kälte und Nässe zitternd da stand. „Ja, Onkel...“

„Na, dann nur marisch nach Haus! Sonst holst du dir noch eine tüchtige Erkältung — Lungenentzündung oder sonst was. Und wenn du dich noch mal halten kannst, so mach uns gleich 'ne heiße Tasse Tee — für den Hum will ich schon sorgen. Wir kommen gleich nach — hier der Herr Deichhauptmann und ich.“

Anna blühte zu der hohen, breitschultrigen Gestalt des fremden Mannes auf und sah in ein paar große, klare graue Augen, und eine tiefe, rauhe Stimme sagte:

„Ich will das Fräulein nicht belästigen...“

„Dummes Zeug“, unterbrach ihn Kapitän Krüger. „Sie belästigen uns durchaus nicht, Herr Deichhauptmann... meine Alte wird auch schon auf sein oder nicht mehr noch auf sein, denn bei solch einem Wetter legt sich 'ne richtige Seemannsrau nicht zu Bette. Also nun laß, Anna, und mach uns heißes Wasser, von dem kalten Wasser haben wir nun genug gekriegt...“

Anna eilte nach Hause, wo sie ihre Tante in der Küche und in der Küche fand, um Feuer anzumachen. Anna half ihr dabei und bald brodelte das Wasser in dem Kessel, und es war so gemächlich in der sauberen Küche mit dem blühenden Jüngelchen, daß der Herr Deichhauptmann erklärte, sie wollten nur in der Küche am Herd sitzen bleiben, denn ihre nassen Kleider würden doch nur die Stube der Frau Kapitän beschmutzen. Die Männer legten ihre nassen Mäntel und Hüte ab, und jetzt erst konnte Anna die kräftige Gestalt und das männliche Gesicht des Deichhauptmanns erkennen.

Die Gestalt war wohl etwas zu groß und plump, um schön zu sein, und das Gesicht zu rauh und groß auszusagen, aber in dieser Gestalt sprach sich eine Kraft aus, die man bewundern mußte, und auf dem ernsten Gesicht lag der Ausdruck einer Energie, der man sich nicht widersetzen konnte. Im Born mußte dieser Mann und seiner gewaltigen Kraft und seinem zähen Willen furchtbar sein! Er schien ganz der Mann danach, dem Sturm, dem Meer zu trotzen und der Naturgewalt gegenüber Siegen zu bleiben. Er reichte der Frau Krüger die Hand.

„Ich wollte nicht, Frau Kapitän“, sagte er mit seiner tiefen Stimme, die aber jetzt den barocken Ton verloren

Die Schatten leben...

Roman von Otto Elster.

24. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

11. Kapitel.

Der Winter kam dieses Jahr sehr frühzeitig. Nur kurze Zeit noch konnte Anna die schönen Tage an der See genießen, dann aber legten die Herbststürme ein und das Meer bildete eine einzige grauschäumende, tosende, brausende Wassermasse, die ihre Wellen bis an den Rand der Dünen schleuderte und glerig hier und da ein Stück des Landes verschlang, die Brücke, an der im Sommer die Dampfer anlegten, und die aus mächtigen Eichenbalken bestand, wurde in einer stürmischen Nacht zertrümmert, der Strand, auf dem im Sommer eine kleine Stadt von Strandkörben und Zelten sich erhob, wurde überflutet und unterwühlt, und der Strandpavillon, der auf einer Düne stand, durch Wind und Wetter arg beschädigt.

In der Größe der allgewaltigen Natur fand sie die Ruhe und das Gleichmaß der Seele wieder. Wie klein, wie unbedeutend erschien ihr jetzt das Schicksal der einzelnen Menschen. Ihr eigenes Schicksal, über das sie sonst in einsamen Nächten gemoht. Jetzt fand sie keine Kränzen mehr. Nicht mehr das träumerische, weiche, leicht gekrümmte Mädchen war sie, sondern ernst und zielbewußt, fest und entschlossen, den Kampf mit dem Leben aufzunehmen.

Eine stürmische Nacht war es, als die Bewohner Brunsbüttels — so hieß das Dorf, in dem Kapitän Krüger wohnte — zur Arbeit an den Deich gerufen wurden, an dem die Sturmflut des Meeres sich dort und brach und den die Wellen an einzelnen Stellen schon unterwühlt hatten. Auch der Kapitän Krüger ging mit hinaus, um dem Deichhauptmann mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

„Nimm mich mit, Onkel“, bat Anna.

„Was willst du da draußen in Wind und Wetter, Mädchen? Das ist nichts für dich — da muß man fest in den Schuhen stehen, sonst schmeißt dich der Wind um.“

„Ich will es nicht umwerfen, Onkel“, entgegnete Anna.

„Na, denn komm. — 's ist ganz gut, wenn der Mensch mal die Gewalt der Natur spürt — dann kommt er sich lange nicht mehr so wichtig vor.“

Anna zog eine dicke Winterjacke ihrer Tante an. Auf dem Deich angekommen, fand man bereits alle in reger Tätigkeit, die gefährdeten Stellen auszubessern. Eine laute, barocke Männerstimme erteilte Befehle und Anordnungen; aber selbst diese laute Stimme wurde oft durch das Tosen des Sturmes und das Brausen des Meeres verschlungen. Es war ein düsteres, wildes Bild, das sich dem Auge Annas darbot. Der Vollmond stand an dem Himmel, und wenn ihn auch die von dem rasenden Sturm gepfeiften Wolken oft verhallten, so warf er doch genügend Licht auf die Erde, um alle Gegenstände und Menschen in ihren dunklen Umrissen wenigstens erkennen zu können.

Die Schattengestalten eilten die Arbeiter auf dem Deiche hin und her; bald im Dunkel verschwiegend, bald wieder auftauchend und sich scharf gegen das Mondlicht abhebend. Und hinter dem Deich brauste und schäumte, forschte und brandete die See, brüllten die Wellen, gepfeift von dem steifen Nordwestwind, der mit starken Schößen das Meer bis in seine Tiefe aufwühlte und mit Weisen und Heulen die weichen, schaumtriefenden Wellenriffe vor sich her jagte, bis sie sich an dem Deich empor bäumten, um ihn zu überfluten, zu überfordern.

Wehe, wenn der Deich nicht stand hielt! Dann ergoß sich das wilde Meer der Wellenriffe über die Felder, Wiesen und Gärten, alles mit den nassen Hufen zerstörend, alles mit der Brust niederwerfend, alles mit den schwarzen Bahnen einreißend.

Bis zum Morgengrauen dauerte die harte Arbeit. Dann legte sich der Sturm, die Ebbe trat ein, der gewaltige Andrang der Wogen ließ nach, die Gefahr war vorüber; der Mensch mit seiner Arbeit, seinem Willen war Sieger über die verwüstende Gewalt der Natur geblieben.

Aus der Dämmerung des Morgengrauens tauchte Kapitän Krüger und die hochgewachsene, breitschultrige Gestalt eines ganz in wetterfestes Di-Beug gekleideten Mannes auf, dessen Gesicht teils durch einen dichten Vollbart, teils durch den tief herabhängenden „Südwester“ verhüllt wurde.

„Bist du noch da, Mädchen?“ fragte der Kapitän Anna erkannt, die sich von dem eigenartigen Schauspiel nicht

Der
vork
de-
ende
fen,
aren
und
7/3.
ge-
des
nach
ierte,
bis
ngs-
ach
ter-
teilt
es
rtan
un-
nien
Ich
gen
den
des
end-
fern
Über
die
ant-
nuf-
aber
gene
auf
ifere
gene
unte
ung
st-
chen
ver-
nen
ab-
ische
en.
bigt.
und
Ber-
s. S.
fand-
fent-
-La-
eben
erheit
ntien
ngen
te.
inter-
jeht
von
Nische
der
men
tern
da
hum
was
heißt
Wu-
mann
e del
flant
figer-
angab
viel-
st
laul,
Baffet
e Tol
kima
dem
Nische
deich-
an
dach
inner
erfi
schiff
ump,
grad
Kraft
rallen
g ur-
und
dem
dem
einer
Jocor

Reichreich persönliche Rationierungsbücher eingeführt werden mit Abschnitten für Zucker, Fleischwaren und Fett, namentlich Butter, Margarine und Schmalz, und angeblich mit mehreren Seiten für die Zuteilung bisher frei käuflicher Waren. „Times“ nimmt an, daß hier besonders die in Betracht komme, der in der Provinz schon vielfach festgestellt wird. Die Zwangszuteilung von Brot ist nicht abzuschätzen.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 30. April. Die polnische Formation in der Ukraine hat ihre Neutralität erklärt, die von der ukrainischen Regierung anerkannt worden ist.

Berlin, 30. April. Nach einer Meldung des finnischen Konsulats in Wiborg erobert worden.

Wien, 30. April. Der amtliche Seeresbericht verzeichnet eine beträchtliche Zunahme der Gefechtsfähigkeit an der westlichen Front.

Rotterdam, 30. April. Die Reuter meldet, ist der kanadische Dampfer „Croula“ (8075 Tonnen) torpediert worden und gesunken. 110 Passagiere wurden gerettet.

Rotterdam, 30. April. Die in London anwesenden amerikanischen Arbeitervertreter hielten mit der britischen Arbeiterpartei eine gemeinsame Sitzung ab, in der sie erklärten, ihr einziges Ziel sei, Deutschland niederzuschlagen.

Madrid, 30. April. Ein englisches Torpedoboot wurde auf Vortrullfahrt auf der Höhe von Algeciras vom Sturm überrascht und ist gesunken. Zwölf Matrosen sind ertrunken.

Wasa, 30. April. Die finnischen Roten Garde machten ein Friedensangebot, das aber abgelehnt wurde, weil die „Weißen“ unbedingte Unterwerfung verlangen.

Vom Tage.

Der neue Oberpräsident der Rheinprovinz.

Berlin, 30. April. Der Landrat v. Grooten in Rhein- und im Oberpräsidenten der Rheinprovinz ernannt worden.

Das Ende einer Lüge.

Auf eine Anfrage im Unterhause, welche Maßnahmen getroffen seien, um das Publikum und besonders die Kinder vor den von Flugzeugen abgeworfenen vergifteten Blättern zu warnen, mußte der Staatssekretär Sir C. Cave erwidern: „Süßigkeiten, die unter Umständen gefressen werden, die die Vermutung auslösen, daß sie von Flugzeugen abgeworfen sein könnten, sind verschiedene Male untersucht worden, doch wurde bei keiner Gelegenheit irgendein Gift darin festgestellt.“ Damit gibt England — wenn auch reichlich spät — ein belächeltes Räumen preis.

Mehlensungen für deutsche Kriegsgefangene.

Rotterdam, 30. April. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, daß die ersten Mehlensungen für die in Holland internierten deutschen Kriegsgefangenen und die Zivilinternierten nach Rotterdam unterwegs sind.

Caillaux' angebliche Schuld.

Genf, 30. April. Mehrere französische Blätter behaupten, daß die Unterfuchung gegen Caillaux die Schuld des ehemaligen Ministers vollstänig beweisen werde.

Lord Northcliffe im Falle.

Zürich, 30. April. Nach einer Londoner Meldung beantragt Lord Northcliffe von seiner Stellung als Leiter der Propaganda in feindlichen Ländern zurückzutreten. Sein Rücktritt soll von der französischen Regierung erzwungen werden sein, als bekannt wurde, daß Northcliffe den Versuch gemacht hatte, insgeheim mehrere große französische Blätter zu kaufen.

Indien fordert Selbstverwaltung.

Stockholm, 30. April. Aus Indien gehen Nachrichten ein, welche ein starkes Anwachsen der dortigen Demokratiebewegung zeigen. Die Bewilligung der Selbstverwaltung würde nach einer vollständigen Lösung Indiens von England bedeuten.

Bar Nikolaus wollte 1905 abdanken.

Stockholm, 30. April. Hier eingetroffene russische Mitteilungen veröffentlichen aus dem Archiv des regierenden Zaren eine dort gefundene Urkunde, worin der Zar Nikolaus bereits im Jahre 1905 seine Abdankung angedroht. Die Urkunde, die dem Senat durch den Postminister Frederik überreicht wurde, ist vor der Drucklegung durch den Justizminister Tscheglowitsch widerrufen worden.

Lenin lernt um.

Stockholm, 30. April. Ein Artikel der amtlichen Zeitung der russischen Sowjets weist auf einen Umsturz in der Haltung der Sowjets gegenüber den Bürgerlichen hin. Alle Klassenklassen, so heißt es in dem Artikel, seien gegen-

stet und nur etwas rauh klang, daß Sie noch eine Tochter hatten.

„Das Fräulein ist auch nicht unsere Tochter, Herr Reichshauptmann“, entgegnete tante Kischen, sondern unsere Nichte, die Tochter meiner verstorbenen Schwester, und mit dem Pastor Mensing in Sudenbüchen verlobt war.“

„So — Fräulein Mensing — sind Sie schon lange hier, Fräulein?“

„Seit diesem Herbst...“

„Scheinen ein tapferes Mädchen zu sein — bei solcher Nacht wagt sich ein Fräulein so leicht nicht heraus.“

„Ich liebe das Meer — auch in seiner Wildheit.“

„Ja, ja“, lachte der Reichshauptmann gutmütig, „das regt alle die Herren und Damen aus der Stadt, die im Sommer zu uns kommen. Aber so etwas wie heute sieht man selten im Sommer nicht. Nicht wahr, Kapitän?“

„Nein, Herr Reichshauptmann. Die Sommermonate haben das Meer überhaupt nicht und halten sich ein kleines Bisterchen von Wind für einen Sturm.“

Die beiden Männer setzten sich zu ihrem Tee nieder, aber zur Hälfte aus Hum bestand. Dann wurden die Weisen angezündet und gemütlich plaudernd sah man beim Trinken, während draußen der Wind piff und das ferne Rauschen des Meeres herübertrug.

Anna war erstaunt, welche Veränderung in dem Leben des Reichshauptmanns vorgegangen war. Sie hatte ihn nach dem, was sie von ihm da draußen gehört und gesehen, als einen rauhen, harten Mann vorgestellt, der wohl da draußen in Sturm und Wetter und bei den Arbeitern am Plage war, der auch in der Gesellschaft der Männer bei einem Glase Grog oder Wein ein guter Kamerad sein mochte, der aber für alles Feinere, Zartere und Weibliche im Leben wenig Sinn hatte.

(Fortsetzung folgt.)

wichtig für den Sowjet, der täglich mehr den Charakter einer revolutionären Regierung bekommt. Die Opposition habe sich daher entschlossen, zum Berge zu gehen, da der Berg nicht zu ihnen kommt.

Eine neue Friedensnote des Papstes?

Rom, 30. April. Wie aus Rom gemeldet wird, soll eine neue Friedensnote des Papstes bevorstehen.

Das neutrale Norwegen.

Zürich, 30. April. Die „Neue Zürcher Zeitung“ erklärt, daß die neuen Bedingungen, die Amerika Norwegen gestellt habe, die Norweger aus der Neutralität herausführen.

Aus der letzten Instanz.

(Bedeutende Entscheidungen.)

Jedem Gewerbetreibenden liegt nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Frankfurt a. M. vom 4. April 1918 während des Kriegszustandes die Pflicht ob, sich um die seinen Geschäftsbetrieb berührenden Verordnungen zu bekümmern und sich die darüber (d. h. über Auslegung derselben) zu erkundigen. Dieser Pflicht genügt er nicht, wenn er sich einfach der Auffassung seiner Interessententeile anschließt. Er muß sich vielmehr durch geeignete Gründungen vergewissern, ob die Auffassung dieser Kreise auch von berufenen amtlichen Stellen geteilt wird. Jedenfalls ist dies dann geboten, wenn ihm bekannt ist, daß Zweifel bestehen, ob die Auffassung der Interessententeile richtig ist. — In der vorliegenden Strafsache hätte der Angeklagte von dem ihm bekannten Zweifel und Streit hinsichtlich der Zugehörigkeit des Hum zu den Lebensmittel im Sinne der Verordnung gegen den Kettenhandel seinem gleichfalls angeklagten Vertreter die Erkundigung zur Pflicht machen müssen. Durch Außerachtlassung dieser Verpflichtung hat er fahrlässig gehandelt und sich strafbar gemacht.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• Über das endgültige Ergebnis der achten Kriegsanleihe machte Reichsbankpräsident Dr. Savenstein in Zentralbankrat der Reichsbank einige interessante Mitteilungen. Danach ist die Summe der achten Kriegsanleihe mit Ausschluß des Umlaufes — auf 14 766 247 104 Mark festgesetzt, über 1 1/2 Milliarden mehr, als die bisher größte, die sechste Kriegsanleihe, erbracht hat, und die noch ausstehenden Feldzeichnungen, für die die Zeichnungsfrist noch läuft, werden die Gesamtsumme der vollen 15 Milliarden noch weiter annähern. Alle Bevölkerungsschichten haben gleich großen Anteil an dem glänzenden Erfolge dieser Schlacht des Heimatherees.

• Über die Zukunft Elbisch-Pothringens fand im Sächsischen Landtage eine längere Aussprache statt. Dabei wurde von Seiten der Regierung erklärt, die bisherige Form der reichsländischen Verfassung habe sich nicht bewährt, namentlich nicht die Neuordnung vom Jahre 1911. Die sächsische Regierung habe schon damals Bedenken geäußert, die durch die Erfahrung bestätigt worden seien. Welcher Lösung man zustimmen werde, stehe noch dahin. Er könne daher nichts darüber sagen, ob ein Teil des Landes an Bayern kommen werde. Jedenfalls werde das Land unlösbar mit dem Deutschen Reich verbunden und der föderative Charakter des Reiches gewahrt bleiben. — Wie weiter mitgeteilt wurde, stehen Bundesratsverhandlungen bevor, durch die der Neuordnung der sächsischen Bundesstaaten eine endgültige Form gegeben werden soll. Für Sachsen steht nach wie vor die litauische Frage im Vordergrund.

• Der Stellvertreter des Reichskanzlers erteilte auf eine Eingabe des Präsidenten des Deutschen Handelstages den Bescheid, daß die Reichsverwaltung nicht beabsichtige, unter Ausschaltung des Handels die genossenschaftlichen Organisationen zu Trägern der Erfassung der landwirtschaftlichen Produktion zu machen. Die Regierung geht von dem Gedanken aus, daß die familiären lokalen Erzeugnisse (Kommunalverbände) in möglichst großem Umfang den sachverständigen Handel und die berufstreue Mitarbeit landwirtschaftlicher Organisationen heranziehen, so weit sie eine erfolgreiche Tätigkeit zu gewährleisten vermögen.

Finnland.

• Der Gedanke der Einführung der Monarchie in Finnland gewinnt in den bürgerlichen Kreisen allmählich immer festeren Boden. Gerade im Hinblick darauf, daß England sich an der Murmanküste festsetzt und von dort aus offenbar die bolschewistische Garde in dem Plan der Wiedergewinnung Finnlands unterstützt, hält man eine monarchische Regierung, die feste Verbindungen mit andern Fürstentümern unterhält, für durchaus wünschenswert. Die Frage wird übrigens den demnächst in Helsingfors zusammentretenden Landtag beschäftigen.

Norwegen.

• Die Presse erklärt einmütig, es sei absurd, Norwegen die Schuld an dem schleppenden Gang der Verhandlungen mit Amerika beizumessen. Die Erklärung sei wohl die, daß man von der anderen Seite (Amerika) die Verhandlungen in die Länge gezogen habe, um einen Druck auf Norwegen auszuüben, auch daß es Amerika infolge der Schwierigkeiten, sich selbst und seine Verbündeten zu versorgen, immer schwieriger werde, den Nichtkriegführenden Lebensmittel abzugeben.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 30. April. Auf dem freihändlerisch-nationalen Arbeitertag wurde eine Entschließung angenommen, die es den Berufsorganisationen zur Pflicht macht, sich der Kriegsbeschädigten anzunehmen.

Bresden, 30. April. Der sächsische Finanzminister erklärte in der Kammer, daß die Bundesstaaten wohl kaum einen Einwand gegen einen Ausbau der Reichserbschaftsteuer erheben würden.

Budapest, 30. April. Die Neubildung des ungarischen Kabinetts unter Teleki soll erst stattfinden, wenn eine Einigung unter den Parteien über das Wahlrecht erzielt worden ist.

Konstantinopel, 30. April. Die türkische Regierung bereitet eine Amnestie für alle Armenier vor, die im Frieden mit den Türken leben wollen.

Warschau, 30. April. Der polnische Staatsrat ist für den 20. Mai einberufen worden.

Amsterdam, 30. April. Der Staatssekretär von Irland Duke ist von seinem Posten zurückgetreten, weil er Lord Georges Trevellick nicht billigt. An seiner Stelle wurde das liberale Unterhausmitglied Short ernannt.

Bern, 30. April. Die brasilianische Regierung hat beschlossen, mit Mexiko wieder die üblichen diplomatischen Beziehungen anzuknüpfen. Seit mehreren Jahren war Brasilien in Mexiko nicht mehr diplomatisch vertreten.

Bern, 30. April. Die Gewährung des Freigeleits durch die deutsche Regierung für Schiffe, die aus Amerika für die Schweiz bestimmt sind, wird hier allgemein mit Genugtuung aufgenommen.

Aus Nah und Fern.

Herrn, den 1. Mai 1918.

Aus dem Kreisblatt.

Kreisverordnung über Speisefette. Der Landrat kann für die private Ausfuhr von Speisefetten durch Mitnahme oder Versand mit der Post oder Eisenbahn einzelnen auswärtig sich aufhaltenden Selbstversorgern, zur Sicherung des eigenen Bedarfes aus deren im Distrikte gelegenen Wirtschaft eine schriftliche Erlaubnis erteilen. Der Erlaubnisschein ist beim Post- oder Eisenbahnverkehr dem abfertigenden Beamten vorzulegen, bei der persönlichen Mitnahme bei sich zu führen.

Der Kreisaußschuß.

Industrielle Werke, die für ihre Arbeiter Kohlenbezugscheine vom Kreise erhalten, dürfen die Kohlen nur gegen Kohlenschein verteilen. Ein gleiches gilt für die Weitergabe des Hausbrandes durch Spar- und Darlehnskassen und Gemeinden an ihre Mitglieder. — Die industriellen Werke, Spar- und Darlehnskassen und selbstliefernden Gemeinden unterstehen nach § 3 a. a. O. denselben Beschränkungen wie Kleinhändler, damit ein Doppelbezug durch ein und denselben Verbraucher vermieden wird.

Der Königl. Landrat.

• (Frühkartoffel-Erzeugerhöchstpreis.) Mit Zustimmung der Reichskartoffelstelle hat die Provinzialstelle in Kassel für die Provinz Hessen-Nassau den Frühkartoffel-Erzeugerhöchstpreis für den Monat Juli auf 10 Mark für den Zentner festgesetzt.

• Es ist noch wenig bekannt, daß seit dem 1. April die Ende Januar eingeführte Bestimmung, wonach die Reise am Tage der Fahrkartenausgabe angetreten werden mußte, aufgehoben worden ist. Von diesem Tage an kann diese wieder wie früher an einem beliebigen Tage innerhalb der Geltungsdauer der Fahrkarte (4 Tage) angetreten werden.

• Im Einverständnis mit der Heeresverwaltung wird dringend davor gewarnt, mit Feldpostpaketen leicht verderbliche Nahrungsmittel ins Feld zu schicken.

• (Zwei interessante Erlasse.) Mit dem Weltkrieg und seinen unvorstellbaren Ereignissen im innigen Zusammenhang stehen zwei Erlasse des preussischen Unterrichtsministers. Nach dem ersten Erlasse sind die Schulen verständigt worden, daß die Bearbeitungen oder Abfassungen neuer Lehrbücher für Geschichte vor Ostern 1921 nicht auf Einführung rechnen dürfen. Aus der Festsetzung der Jahreszahl 1921 wird man aber wohl nicht den Schluß ziehen müssen, daß die hohe Unterrichtsbehörde das Ende des Krieges vor diesem Jahre nicht erwartet; sie dürfte der Ansicht sein, daß eine gewissenhafte Prüfung der vielen Lehrbücher, die sich auch mit den Umwälzungen auf geographischem und geschichtlichem Gebiet befassen werden, vor drei Jahren nicht möglich sein dürfte. Vorläufig bleibt es Aufgabe der Lehrer, die Schüler mit den großen Veränderungen auf der Landkarte vertraut zu machen. Der zweite nicht minder interessante Erlaß erinnert an die Unterstützung, die Deutschland den Selbständigkeitsbestrebungen der Völkern zuteil werden ließ. Als Zusatzsatz bei Prüfungen für das Lehramt an höheren Schulen darf die niederländische Sprache eingeführt werden. Der Erlaß besagt, daß bei der Prüfung die Kenntnis der niederländischen Sprache in Rede und Schrift, Grammatik und Literatur, Vertrautheit mit der Kultur des niederländischen Stammes und Bekanntschaft mit staatlichen Einrichtungen in Holland und Belgien nachgewiesen werden müsse.

• (77. Kreisturntag des A. Kreises, Mittelrhein, der Deutschen Turnerschaft.) In Mainz fand diese Tagung unter der Leitung des 1. Kreisvertreter Schürat Schmaus-Darmstadt statt. Nach dem Bericht des Kreisvertreter zählt der Kreis, der vor dem Kriege rund 142 000 Turner besaß, noch 781 Vereine mit rund 90 000 Mitgliedern, von denen freilich der größte Teil im Felde bzw. beim Heere steht. Vertreten waren bei der Tagung trotz der ungünstigen Verkehrsverhältnisse doch recht viele Vereine durch 234 Abgeordnete. Eine Sitzung des Kreisaußschusses, der sich aus dem Geschäftsführungs-Ausschuß und den Vertretern der 20 Turngauen des Kreises und der Gauturnwart zusammensetzte, ging der Tagung voraus. Der Kreisvertreter gab in seinem Bericht u. a. davon Kenntnis, daß für die verstorbenen verdienstvollen Mitglieder des Geschäftsführungs-Ausschusses, Professor Wamser-Bugbach als Schriftleiter der Kreis-Turn-Zeitung, Turnlehrer Polze-Frankfurt a. M. als 1. Kreisturnwart Ersatzwahlen vorzunehmen seien. Im übrigen seien die meisten Gauen gegen Neuwahlen, vielmehr für Bestätigung des Ausschusses bis zum nächsten Kreisturntag. Jetzt vorzunehmende Neuwahlen würden ja auch auf 4 Jahre erfolgen und somit wolle man sich nicht festlegen. Ein Markstein und Glanzpunkt des Kreises sei das Jahr 1913 gewesen. Im allgemeinen habe der Krieg schwer auf die Verhältnisse im Kreise eingewirkt und auf Kreis, Gauen

und Vereine seinen Einfluß ausgeübt. In Kriegs-
anleihe hat der Kreis 14500 Mark festgelegt. Zum
Schluß stellte der Vorsitzende fest: Politik treiben
wir keine, aber es ist keine Politik wenn wir sagen,
die Freunde und Brüder, die draußen ihr Blut ver-
gossen haben, sollen nicht umsonst gestorben sein für
ein deutsches Volk auf deutscher Erde. Der Kreis
hatte 9846,94 Mark Einnahmen, 9499,06 Mark Aus-
gaben und einen Kassenbestand von 347,88 Mark.
Antrag, Neuwahlen vorzunehmen, wurde abgelehnt und
der Ausschuß bis zum nächsten Turntag bestätigt. Bei
den hierauf erfolgenden Ersatzwahlen wurden gewählt:
Zum 1. Kreisturnwart für den verstorbenen Volze
der bisherige zweite Kreisturnwart Rechnungsrat
Münch-Hachenburg, zum 2. Kreisturnwart der 1.
Gauturnwart des 5. Gau's Rheinheffen Georg Frey-
Mann, zum Geschäftsführer des Kreises für den vom
Amt zurückgetretenen Kaufmann H. Roth-Frank-
furt a. M. der Kaufmann Böbig-Rödelheim, zum
Schriftleiter der Turn-Zeitung für den 9. Kreis für
den verstorbenen Professor Wamser-Buchbach der
Schriftsteller Jos. Adolf Schmitt-Bingen a. Rh.
Dem scheidenden Geschäftsführer Roth wurde ein
künstlerisches großes Bild unserer großen Heerführer,
Hindenburg und Ludendorff am Kartentisch, über-
reicht, außerdem wurde er zum Ehrenmit-
glied des Geschäftsführungs-Ausschusses mit
Sitz und Stimme im Kreisausschuß usw. er-
nannt. Die Steuer zur Kreiskasse wurde auf ein-
stimmigen Beschluß für den Kopf der Mitglieder des
Kreises von allen Vereinsangehörigen über 14 Jahre
(männlichen und weiblichen) auf 20 Pfg. erhöht. Da-
von erhält die „Z. L.“ 6 Pfg. Hinsichtlich der
Neuordnung des Turnauschusses nach den Vor-
schlägen von Frey wurde eine Reihe von Beschlüssen
gefaßt, die eine turnerische Neuordnung des Kreises
entsprechend den heutigen Zeitverhältnissen und unter
Berücksichtigung von Spiel, Wandern, Schwimmen
beziehen und nach sich ziehen werden. Die vom
Frauenturntag beschlossene Geschäftsordnung für das
Frauenturnen wurde entsprechend Vorschlägen ge-
nehmigt und die Stellung eines Leiters für das
Frauenturnen unter Oberleitung des Kreisturnwartes
beschlossen. Der Gau Frankfurt a. M. hatte ferner
den Antrag gestellt, die Geistesbildung der Jugend
zu fördern und zu diesem Zweck einen Ausschuß zu
bilden. Der Gau plant eine vollkommene Organi-
sation des Geistesturnens, die der Ausschuß schaffen
soll. Dem Geschäftsführungs-Ausschuß wurde die Vor-
bereitung des Planes übertragen. Zugewogen werden
sollen bei seinen Beratungen: Prof. Bender-
Frankfurt a. M., Turninspektor Pöller-Saarbrücken,
Philippi-Wiesbaden und Turninspektor Strohm-
eyer-Frankfurt a. M. Damit war die Tagesordnung
erledigt.

Höchst a. M. Der Abschluß der Farbwerke vorm.
Meister, Lucius & Brünning weist für das
Geschäftsjahr 1917 nach Abschreibung von 19161303
Mark (im Vorjahre Mk. 12011388) ein Gewinnergebnis
von Mk. 25179968 (einschließlich Saldobortrag aus
1916) gegen Mk. 24227445 im Vorjahre auf. Der
Aufsichtsrat beschloß der am 25. Mai stattfindenden
Generalversammlung eine Dividende von 18 Proz.
(gegen 25 Proz. im Vorjahre) auf das auf 90 Millionen
Mark erhöhte Aktienkapital vorzuschlagen.

Hannau. Bei dem in Hannau untergebrachten
Reservebataillon des 21. Armee-Korps ist die
Kriminalpolizei größeren Diebstählen auf die Spur
gekommen, die zur Festnahme von zehn Personen ge-
führt haben. Als Diebe sollen einige Lagerdiener in
Betracht kommen.

Hörsheim a. M. Die Gemeindevertretung ver-
bot den hiesigen Fischern den Verkauf der im Main
gefangenen Fische an die benachbarten Städte und
beschloß in die neuen Verpachtungsverträge einen
entsprechenden Vermerk aufzunehmen. Für den Ver-
kauf der Fische am Orte stellt die Gemeinde einen
besonderen Raum zur Verfügung.

Schwabenheim a. S. Nichts ist mehr vor
Spitzbuben sicher. Ein diebischer Schuhmachergehilfe
hat sich hier eine eigenartige Einnahmequelle zu
verschaffen gewußt. Er verkaufte die Schuhe, die
seinem Meister zur Reparatur übergeben worden
waren, an auswärtige Liebhaber zu hohen Preisen.
Als die Klagen über verschwundene Schuhe sich
häuften, beobachtete der Meister seinen Gefellen ge-
nauer, bis der Dieb entlarvt wurde. Der Gefelle
wurde verhaftet. Gegen die Abnehmer der gestohlenen
Schuhe schwebt ein Verfahren wegen Hehlerei.

Neustadt. Auf der Fahrt von Treysa nach Neu-
stadt schlug der 19-jährige Soldat Wilhelm Kupinski
aus Stettin unvorsichtigerweise mit dem Kopf gegen
die Brückenmauer bei Treysa, wodurch der Tod nach
kurzer Zeit eintrat.

Letzte Nachrichten.

Der neueste deutsche Generalstabsbericht.

Großes Hauptquartier, (Wolff-Büro. Amtlich.)
1. Mai 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In Flandern lebte der Feuerkampf in den Ab-
schnitten von Boker und Dranoeter zu großer
Festigkeit auf. Frische in den Kampf geworfene fran-
zösische Kräfte versuchten vergeblich gegen
Dranoeter vorzudringen. Ihr mehrfacher Ansturm
brach in unserem Feuer zusammen.

Auf dem Schlachtfelde beiderseits der Somme
führten wir erfolgreiche Erkundungen durch.

Vorstöße in die feindlichen Linien südwestlich von

Noyon und über den Oise-Nisne-Kanal
bei Baresnes brachten mehr als 50 Gefangene ein.
Von der übrigen Front nichts von Bedeutung.

Osten.

Finnland.

In verzweifelter Kämpfe versuchte der Feind
unsere Linien nordöstlich von Tawastehus und
bei Lahti zu durchbrechen. Unter schwersten Ver-
lusten wurde er zurückgeschlagen. Finnländische
Truppen haben die Festung Wiborg genommen.

Ukraine.

In der Krim haben wir Theodosia kamp-
los besetzt.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Berliner Pressestimmen zur gestrigen Wahlrechtsdebatte.

Berlin, 1. Mai. (Z.) Zu den Wahlrechtsver-
handlungen im preussischen Abgeordnetenhaus schreibt
die „Germania“: Wir möchten annehmen, daß die
Regierung die ihr fehlende Gefolgschaft nicht für
so bedeutend hält, um nicht ein Weitergehen in den
bisherigen Bahnen und angesichts der bisherigen Er-
folge als endlich zum Ziele führend ansehen zu
wollen. Darauf bauten nach unserer Meinung die
gestrigen Erklärungen des Grafen Hertling.

Die „Tägliche Rundschau“ führt aus: Die Dinge
stehen auf des Messers Schneide. Da die Rechte einst-
weilen geschlossen bei ihrer Ablehnung bleibt, die
Nationalliberalen noch in zwei fast gleich starke Lager
geteilt stehen, vom Zentrum einseitigen wenigstens
12, 15 Mann ebenfalls ablehnen, so dürfte das Schick-
sal der Wahlrechtsreformvorlage in zweiter Lesung
eine sanfte Ablehnung sein.

Das „Berliner Tageblatt“ kommt zu dem Schluß:
Wenn nun aber nach den Worten des Minister-
präsidenten noch weitere Sicherungen etwa im Sinne
des Zentrums dazukommen sollten, dann kann die
Linke nicht mehr mit. Dann müßte sie einen solchen
Tauschhandel entschieden ablehnen und sich auf die
Seite der Opposition stellen.

Benennung der Rheinbrücken.

Berlin, 1. Mai. (Z.) Se. Maj. der Kaiser richtete
an Se. Kaiserl. und Königl. Hoheit den Kronprinzen
folgendes Telegramm: Se. Kaiserl. und Königl. Hoheit
den Kronprinzen, Hauptquartier Heeresgruppe Deut-
scher Kronprinz: Es ist mir eine große Freude, dir
mitzuteilen, daß ich heute befohlen habe, daß die
Rheinbrücken bei Engers, welche in großer
Zeit erbaut, der Landesverteidigung wichtige Dienste
leisten soll, den Namen Kronprinz-Wilhelm-Brücke
führen soll. Die Verwaltung der preussischen Staats-
eisenbahnen, welche mir den Vorschlag gemacht hat,
will dadurch dankbar deinen Namen als Heerführer
verewigen. Die gleiche Ehrung ließ S. M. der Kaiser
dem Generalfeldmarschall von Hindenburg zuteil wer-
den, indem er die neue Rheinbrücke bei Rüdesheim
nach ihm benannte, und dem ersten Generalquar-
tiermeister, General der Infanterie Ludendorff, dessen
Namen die Rheinbrücke bei Remagen tragen soll.

Günstiger Verlauf der deutsch-holländischen Verhandlungen.

Berlin, 1. Mai. (Z.) Wie der „Vokalanzeiger“
an gut unterrichteter Stelle erfährt, nehmen die
deutsch-holländischen Verhandlungen einen günstigen
Verlauf, sodaß auf einen befriedigenden Abschluß in
absehbarer Zeit gerechnet werden kann.

Verhandlungen zwischen Deutschland und Italien über Gefangenenaustausch.

Lugano, 1. Mai. (Z.) Wie die „Idea Nazionale“
meldet, wird demnächst in der Schweiz eine Konferenz
zwischen Vertretern Deutschlands und Italiens statt-
finden zur Beratung eines Vertrages auf den gleichen
Grundlagen wie der zwischen Deutschland und Frank-
reich zwecks Austauschs der älteren Jahressklassen der
Gefangenen.

Unterschlagungen des ehemaligen Ministerpräsidenten Bratiansu.

Wien, 1. Mai. (Z.) Aus Jassy wird gemeldet:
Das rumänische Kriegsministerium untersucht gegen-
wärtig die Unterschlagungen des ehemaligen Minister-
präsidenten Bratiansu in Höhe von 11 Millionen
Bei anlässlich des Ankaufs eines russischen Depots.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Bed.

Anzeigen.

Der Nachwächter und Walbhüter Wilhelm Eichert
ist auf seinen Antrag aus dem städtischen Dienst ausgeschieden.
An seiner Stelle hat sein Sohn Heinrich Eichert mit
dem heutigen Tage den Dienst als Nachwächter, Hils-
feld und Walbhüter nach erfolgter Bestätigung durch den
Herrn Regierungspräsidenten angetreten.

Herborn, den 1. Mai 1918.

Der Bürgermeister: Virendahl.

Wer noch

Forderungen oder Zahlungen

an die

Maschinenfabrik Roth, G. m. b. H., in Roth
in Liquidation.

zu leisten hat, wird hiermit aufgefordert, solche bei mir als
Liquidator der Firma bis 15. Mai 1918 anzumelden.

Erhingshausen (Nr. 2242), 30. April 1918.

S. Archenthal.

Dank.

Durch Vermittlung des Herrn Dekan Professor Han-
gingen für das

Altersheim

weiter ein
„Ungeannt“
„N. N.“, Herborn

Mt. 26.

Mt. 30.

worüber hiermit herzlich dankend quittiert wird.
Weiteren Gaben sehen wir gern entgegen.

Herborn, den 20. April 1918.

Der Rechnungsführer: Mäcker.

Bekanntmachung.

In das hiesige Handelsregister ist bei der Firma
Wilhelm Vink, Drahtseilfabrik G. m. b. H. in Ein-
getragen:

Die Firma ist geändert in: Sinner Drahtseilfabrik
Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu Sinner.
dem Herrn Wilhelm Vink erteilte Procura ist erloschen.

Herborn, den 24. April 1918.

Königliches Amtsgericht.

Handwerker-Versammlung.

Die Zeitverhältnisse, insbesondere die Rohstoffver-
sorgung des Handwerks erfordern dringend den Zusammen-
schluß der Handwerker. Zur Besprechung dieser
und Stellung der erforderlichen Anträge werden:

c) die Spengler und Installateure } des Distriktes
d) Schlosser und Schmiede }

auf Donnerstag, den 2. Mai cr., nachm. 2 1/2 Uhr
ins „Hotel Neuhoff“ in Dillenburg eingeladen.

Die Organisation soll den ganzen Distrikt umfassen.

Die Handwerkskammer.

Hilfsdienstmeldestelle Herborn

Städtischer Arbeitsnachweis

Kaiserstraße 28

mittels männliche und weibliche Arbeitskräfte aller Art.

Dienstanzeiten: 8—12 Uhr vorm.

3—7 Uhr nachm.

Suche baldigst tüchtiges, zu-
verlässiges

Mädchen

für kleinen Offiziershaushalt.
Frau Hauptm. Trautlig.
Koblenz.
Markenbühlchenweg 34 III.

Suche für 1. Juni ein zuver-
lässiges, christlich gesinntes,
finderliches

Mädchen.

Frau Fabrikant
Arnold Bodwinkel,
Kiersee-Bahnhof.

Tüchtiges Mädchen

zum 15. Mai oder 1. Juni
geholt.

Frau Dr. Weg, Weg'ar.

Rochkäse

zu verkaufen.

Wils. Bügel, Milchgeschäft

Sanril - Baumwachs

Bast-Ersatz

bei A. Dooinck.

Sommer-

Anzüge

für Knaben

in großer Auswahl

Ausstattungs haus

Louis Lehr.

Drei lebensdienliche Herren

Alter von 25—28 J. haben

geistig anregenden Berufe

jungen Damen

von frischer Lebensauffassung

nur aus besseren Kreisen zu

menschen Ausfügen in

kommen den Sommerferien

Antworten unter Angabe

Berhältnisse erbeten unter

A. K. an die Geschäftsstelle

ds. Bl. Anonym durch

unverzüglich Bescheid

verständnis.

Heute verschied nach kurzem,
schweren Leiden mein lieber Mann,
unser guter Vater, Grossvater, Schwieger-
vater, Bruder, Schwager und Onkel

Herr

Theodor Esser

im Alter von 56 Jahren.

Sinn, den 30. April 1918.

In tiefer Trauer:

Frau Anna Esser, geb. Göbel
nebst Kinder, Enkelkinder
und Verwandten.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 2. Mai,
nachm. 3 Uhr statt.